

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, weist nach, daß die Bundesregierung die Frauen immer stärker benachteiligt. Seite 1

Peter Sötje, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der Berliner SPD, belegt, daß die Bonner Kürzungspolitik in Berlin zu einem sozialen Fiasko führt. Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD im Bildungsausschuß des Bundestages, analysiert wohin Genschers Elite-Streben weist: Auf den Spuren des Likörfabrikanten Mast. Seite 5

38. Jahrgang / 242

19. Dezember 1983

Der Zynismus der Kohlschen Arbeitsmarktpolitik

Wie die Bundesregierung mit den Problemgruppen umspringen will

Von Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Beispiele, anhand derer sich der Sozialabbau der Bundesregierung belegen läßt, reißt nicht ab. Jüngstes Beispiel: Nach einer Kabinettsentscheidung vom 15. November hebt die Bundesregierung im Rahmen einer sogenannten "Entbürokratisierung" die Meldepflicht der Bundesbehörden über die bevorzugte Einstellung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes auf. Die obersten Bundesbehörden werden lediglich freundlich-unverbindlich aufgefordert, auch zukünftig "ihrer besonderen Verpflichtung gegenüber den Problemgruppen des Arbeitsmarktes" nachzukommen; eine Kontrolle dieser Einstellungspraxis existiert jedoch nicht mehr.

Die Antwort der Bundesregierung auf meine diesbezüglichen Fragen macht deutlich, mit welcher Unverfrorenheit und Ignoranz sie Arbeitsmarktprobleme behandelt. Ein "nicht zu vertretender Aufwand" entsteht angeblich durch die bisherige Meldepflicht. Für uns heißt das, daß die Bundesregierung einen nicht zu vertretenden Unwillen zeigt, den Problemgruppen des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze zu verschaffen.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Vertrieben durch
mit verteiltem Blätter
Kopierpapier



Die Abschaffung der Meldepflicht war für den Arbeitsbereich "Gleichstellung der Frau" Anlaß, nachzuprüfen, wie sich dies mit einer Problemgruppe des Arbeitsmarktes, nämlich Frauen, verhält. Es zeigt sich, daß es mit "Aufforderungen" an die obersten Bundesbehörden nicht getan ist:

Im Jahr 1983, in dem sich die (offiziell registrierte) Frauenarbeitslosigkeit über 1,2 Millionen bewegte, haben die Bundesbehörden (ausgenommen Bundespost und Grenzschutz) exakt 5.979 Frauen eingestellt. In den höheren Berufspositionen des öffentlichen Dienstes waren es sage und schreibe circa 800, während sich die restlichen 5.100 Frauen - wie gehabt - im mittleren und einfachen Dienst konzentrierten. In einfachen und gering qualifizierten Berufen sind Frauen stets willkommen - hier macht auch die Bundesverwaltung keine Ausnahme. Von einer bevorzugten Einstellung dieser Problemgruppe des Arbeitsmarktes kann also nicht die Rede sein.

Diese Bundesregierung fragt nicht danach, wer der Schwächere, sondern wer der Stärkere auf dem Arbeitsmarkt ist. Diese Politik ist zynisch. Dies ist genau die frauenfeindliche Politik des Oberbürgermeisters Rommel, der nur noch einen Teil eines Ehepaares in den öffentlichen Dienst einstellen will. Hier werden die altbekannten Vorurteile gegen sogenannte "Doppelterdiener" genährt, die dazu führen, daß Frauen noch stärker aus dem Arbeitsmarkt herauskatapultiert werden sollen. Gegen diese Politik müssen sich Frauen mit aller Kraft wehren!

Alles deutet darauf hin, daß die Zeiten vorbei sind, in denen dem öffentlichen Dienst noch eine Vorbildfunktion zukam. (-/19.12.1983/ks/va)

+ + +



Ein Flasko für die Berliner Bevölkerung

Die Sparbeschlüsse der Bonner Rechtskoalition und ihre Wirkung auf Berlin

Von Peter Sötje MdB

Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der Berliner SPD

Schon der Bundeshaushalt 1983 und seine Begleitgesetze haben bundesweit zu Sozialabbau und Mehrbelastungen für die breite Bevölkerung geführt. Die Beschlüsse der Bonner Rechtskoalition treffen in der Summe nicht nur sozial Schwache, sondern auch Durchschnittsverdiener mit voller Wucht. Die Auswirkungen dieser Politik für die Berliner Bevölkerung sind gravierend.

Die Bonner Kürzungs- und Mehrbelastungspolitik schlägt voll auf die Sozialhilfe durch und steigert die Sozialhilfeausgaben Berlins. Sie treibt immer mehr Menschen in die Arme der Sozialhilfe. Denn die Sozialhilfe ist das letzte Netz unseres Gefüges der sozialen Gliederung. Sie stellt eine nachrangige Hilfe dar, die von der Lage des Einzelnen ausgeht. Sie schließt Lücken, die andere Sozialleistungssysteme offengelassen haben. Die Rechtsansprüche heben auf die Notlage des Einzelnen ab und werden wirksam, wenn er sie nicht aus eigener Kraft und eigenen Mitteln überwinden kann. Es liegt auf der Hand: Wenn die Bonner Politik immer mehr Lücken in andere Sozialleistungssysteme reißt, wird die Sozialhilfe zunehmend beansprucht.

Die Folge der Bonner Beschlüsse wird eine einschneidende Änderung der sozialen Landschaft bewirken: Immer mehr Menschen geraten in eine Notlage am Rande des Existenzminimums, die ihre Ansprüche auf Sozialhilfe begründet. Sie fallen auf die unterste Stufe der sozialen Sicherung. Neben den materiellen sind die sozial-psychologischen Konsequenzen einer so tiefgreifenden Umwälzung noch gar nicht abzusehen.

Bereits in den letzten Jahren gab es in Berlin trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen immer mehr Sozialhilfeempfänger. 1982 waren bereits 153.189 Berliner von Sozialhilfe abhängig. Das waren 3.009 Menschen mehr als 1980. 1982 waren schon 8,2 Prozent der Einwohner Berlins Sozialhilfeempfänger. 1983 dürfte es einen weiteren Anstieg gegeben haben.

Aber die besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre wird nur ein harmloses Kinderspiel sein im Vergleich zu der jetzt drohenden Lawine von Anspruchsberechtigten, die auf die Sozialhilfestellen der Bezirksämter zukommt.

Die folgenden Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit zum Sozialabbau werden unmittelbar und überproportional zu einem drastischen Anstieg der Sozialhilfeempfänger in Berlin beitragen.

1. Kürzung der Renten in 1984 um real minus 1,9 Prozent (Angesichts des nach wie vor besonders hohen Anteils von Menschen über 65 Jahren in Berlin; 1982 bezogen 9,4 Prozent dieser Altersgruppe Sozialhilfe.)
2. Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe (Seit 1982 liegt die Arbeitslosenquote in Berlin ständig über dem Bundesdurchschnitt. Nach Schätzungen des DGB werden von den Arbeitslosen ohne Kinder oder Alleinstehende 20 Prozent der Männer und 80 Prozent der Frauen in die Sozialhilfe abgedrängt. Dauert die Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr, werden es sogar 50 Prozent der Männer und 85 Prozent der Frauen sein.)



3. Kürzung des Arbeitslosengeldes bei arbeitslosen Jugendlichen (In Berlin gibt es zur Zeit mehr als 15.000 Jugendliche, die unmittelbar nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos werden.)
4. Kürzung des Krankengeldes nach Ablauf der Lohn- und Gehaltsfortzahlung um 11,55 Prozent (Krankenstand der Beschäftigten liegt in Berlin seit Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt.)

Kennzeichnend für die Entwicklung sind jedoch nicht nur diese für Berlin besonders schwerwiegenden Faktoren. Entscheidend wird die Auswirkung der Summe vieler einzelner Schritte des Sozialabbaus sowie zusätzlicher Beitragsbelastungen sein: Wir müssen mit einem Heer neuer Sozialhilfeempfänger rechnen. Die Schere zwischen den sinkenden Ansprüchen aus den traditionellen sozialen Sicherungssystemen (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung) und der Sozialhilfe beginnt sich für immer mehr Menschen zu schließen.

Schäbiger Höhepunkt dieser Politik ist die Kürzung der Rentenberechnung für Behinderte in beschützten Werkstätten, durch die diese Menschen gerade im Alter wieder auf die Sozialhilfe verwiesen werden. Besonders verantwortungslos ist die drastische Kürzung des Arbeitslosengeldes um 33 Prozent bei jungen Arbeitslosen. Zusätzlich zu der bitteren Erfahrung, nach der Ausbildung ohne Arbeitsplatz dazustehen, wird ihnen nun der Schlag versetzt, materiell weitgehend von Sozialhilfe abhängig ins Erwachsenenleben zu treten. Bereits 1982 war jeder Zehnte jugendliche Berliner im Alter von 15 bis 25 Jahren Sozialhilfeempfänger (26.693 Jugendliche).

Die vermehrt erforderlichen Mittel für die Sozialhilfe kommen nahezu vollständig aus dem Landeshaushalt. Der Bund wälzt damit Kosten für die soziale Sicherung von sich auf die Länder und Kommunen ab. Für Berlin ergibt sich 1984 daraus ein besonderes Haushaltsrisiko. Es wird durch den zynischen Versuch nicht wesentlich vermindert, einen Ausgleich durch Kürzung der Sozialhilfesätze selbst zu schaffen. Damit wird im übrigen das seit jeher in der Sozialhilfe geltende Prinzip der Kostendeckung für eine minimale Lebenshaltung (Warenkorb) unverantwortlich verletzt: Während den Reichen Steuergeschenke überreicht werden, wird den Menschen am Rande des Existenzminimums das dringend Notwendige vorenthalten.

(-/19.12.1983/ks/va)

+ + +



Genschers dreister Angriff auf unsere Kultur

Was der FDP-Vorsitzende meint, wenn er von Eliten redet

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Der Vorgang muß den FDP-Vorsitzenden Hans Dietrich Genscher sehr beeindruckt haben: Der Likörfabrikant Mast beschloß, den Bundesliga-Verein "Eintracht Braunschweig" nicht weiter zu sponsern, sondern gleich aufzukaufen und sich zukünftig einen Fußballclub namens "Jägermeister-Braunschweig" zu halten. Weshalb, so mag sich der FDP-Vorsitzende gefragt haben, sollte es nicht auch eine "Jägermeister-Universität" geben, mit angeschlossener "Jägermeister-Schule". Nur für die Elite selbstverständlich, denn welcher Unternehmer will sich mit Zweitklassigem zufrieden geben, gehört er nach eigenem Verständnis doch selbst zur Elite, mögen es viele auch nicht glauben, weshalb es hin und wieder gesagt gehört - am besten durch einen Minister. Zeitgleich mit den Vorgängen um den Bundesligisten Braunschweig forderte Hans-Dietrich Genscher nämlich vor der "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" die Förderung von privaten Elite-Universitäten und privaten Schulen. Das sei ein Gebot der Stunde.

Wer nun unterstellt, es gehe um Privilegien, ist wahrscheinlich bössartig, nein es geht, so der Außenminister und Vizekanzler, "letztlich um die Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie" und deshalb muß sie nach so viel Wendemanövern nun endlich kommen: Die "geistige Wende", "die in der Schule beginnen muß".

Denn während die Gesellschaft der Bundesrepublik im Dämmerlicht eines "übertriebenen Sicherheitsdenkens" erstarrt, "Nivellierung" und "Gleichmacherei" um sich greifen, geht über Japan und den USA das "Zeitalter der hochtechnologischen Informationsgesellschaft" auf. Während bei uns "grüne Ideologen und ihre Geistesverwandten" Lebensangst predigen, "Angst vor der Technik und Angst vor der Zukunft", findet der FDP-Vorsitzende in Japan "ein Land, in dem Staat und Gesellschaft mit voller Kraft der Zukunft entgegenstreben", trifft er in den USA "eine Stimmung des Aufbruchs", ein Lebensgefühl "von Zuversicht und Optimismus", bei uns dagegen "lamentierenden Kulturpessimismus". Zwar ist Deutschland noch nicht verloren, doch ohne ein "kooperatives Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitgebern", ohne daß alle mehr zusammenwirken, geht es nun einmal nicht und mit "Klassenkampfmentalität" ist der japanischen Herausforderung nun schon gar nicht zu begegnen. Und deshalb brauchen wir eben neben ein bißchen weniger Demokratie wieder eine Elite und deshalb Elite-Schulen und Elite-Hochschulen.

Daß die heutigen Eliten, um deren Zukunft und Nachwuchs Hans-Dietrich Genscher offensichtlich besorgt ist und zu denen er sich selbstredend zählt, uns eine lebensgefährdende Umweltzerstörung, eine nicht mehr beherrschbare Rüstungsexpansion und Hunger und Elend in zwei Dritteln der Welt beschert haben, kommt dem Parteivorsitzenden der FDP nicht einmal in den Sinn. Stattdessen wird die neue Ideologie für die "geistige Wende" gleich mitgeliefert: "der Aufbruch von der Anspruchsgesellschaft zur Verantwortungsgesellschaft", in der sich diejenigen, die sich selbst als Elite deklarieren, sich ihre Verantwortung durch Eingriffe "auch in soziale Leistungsgesetze" bezahlen lassen - von Lernmittelfreiheit ganz zu schweigen.

Die "geistige Wende" Genschers ist ein Angriff auf die demokratische und soziale Kultur der Bundesrepublik. Amerikanische und japanische Verhältnisse sollen Platz greifen, Länder, in denen, wie in den USA, nahezu die Hälfte der Menschen am Rande der Gesellschaft lebt, zur Verfügungsmasse der Unternehmen wurde und Millionen in absoluter Armut vegetieren und allenfalls zu den Suppenküchen der caritativen Hilfsorganisationen "aufbrechen" - dafür tragen dann andere die hochbezahlte "Verantwortung" und leisten sich gar den Luxus eines Stückchens Demokratie und eben Elite-Universitäten; oder



wie in Japan, wo die Masse der Arbeitnehmer keinerlei soziale Rechte hat sondern oft mit der gesamten Familie an die Unternehmen gekettet ist auf Gnade und Verderb von der Wiege bis zur Bahre. Die "geistige Wende" entlarvt sich als Forderung nach einer anderen Gesellschaft, einer brutalen Konkurrenz- und Ausbeutergesellschaft, zu der eine breite Öffnung des Bildungswesens nicht mehr paßt, weshalb der FDP-Vorsitzende nun auch bildungspolitisch die Kurve kratzt wie sein Parteifreund Lambsdorff vor gut einem Jahr sozialpolitisch mit seinem berühmt-berüchtigten Papier.

Weil eine andere Gesellschaft gewollt ist, stören die offensichtlichen und bekannten Schwächen der sogenannten Eliteneinrichtungen nicht. In den USA hat das starke und wesentlich finanziell bedingte Gefälle zwischen den Schulen und Hochschulen soziale und regionale Verwerfungen zur Folge, die nur unter der Annahme zu rechtfertigen sind, daß Gott eben Amerikaner ist, der die Begabungen säuberlich zwischen arm und reich verteilt hat: für die Reichen die Elite-Schulen und Elite-Universitäten, für die Armen nur die Bildung, die sie gerade fähig macht, den verblöddenden Fernsehprogrammen zu folgen und politisch nicht aufsässig zu werden. Dazu paßt, daß die Forschungsetats der Elitehochschulen und der großen Forschungseinrichtungen der USA zum größten Teil aus Mitteln des gigantischen Militärhaushalts bezahlt werden, damit alles in seiner guten Ordnung bleibt und man Gott eventuell etwas nachhelfen kann. Japan hat es da besser, die Militärausgaben sind trotz heftiger Kritik der USA minimal; vielleicht überlegt Hans-Dietrich Genscher einmal, was da bei uns einmal zu tun wäre, statt die Raketenstationierung vor den Unternehmern als "realistische Entspannungspolitik nach Osten" zu preisen.

"Bildung ist Bürgerrecht", dieser Satz Ralf Dahrendorfs hatte in den 60er Jahren insbesondere auch bei der FDP großen Widerhall gefunden. Auch das liberale Bürgertum hatte erkannt, daß Bildung nicht länger ein Ständerecht bleiben dürfe. Der eigentliche Motor der beginnenden Bildungsexpansion aber war die Erkenntnis, daß die ökonomischen Grundlagen und die Entwicklung der Bundesrepublik nur auf der Basis einer breiten Bildung für möglichst viele zu sichern waren. Als zusätzliche Motivation kam der erhoffte soziale und materielle Aufstieg hinzu. Für die Sozialdemokraten war wichtig, daß erstmalig in der deutschen Geschichte Arbeiterkinder eine wirkliche Chance hatten, weiterführende Bildungseinrichtungen zu besuchen.

Natürlich verteilen sich Positionen und Berufschancen anders, wenn nun über 20 Prozent eines Altersjahrganges die Hochschulen besuchen statt fünf Prozent wie früher. Die Expansion des Bildungswesens im Sinne demokratischer Gleichheit und Chancengleichheit hat eben auch Folgen für die Gesamtgesellschaft, die nicht ohne Widerstand akzeptiert werden. Bekleidete beispielsweise früher in einer Kleinstadt ein Studienrat eine besondere gesellschaftliche Stellung, so hat allein die Tatsache, daß es heute dreimal so viele Studienräte gibt wie vor noch 20 Jahren, selbstverständlich Folgen für Ansehen und Prestige gehabt.

Es spricht für Unwissenheit oder Schlimmeres, wenn unterstellt wird, daß die Verbreiterung der Bildungsangebote zu Gleichmacherei und mangelnder Förderung besonderer Begabungen oder der Forschungseinrichtungen geführt hätte. Allein der Etat der "Studienstiftung des Deutschen Volkes" hat sich von zehn Millionen DM in den 60er Jahren auf heute über 25 Millionen DM erhöht und ist damit stärker gestiegen als irgendein anderer Etat im Wissenschafts- oder Forschungsbereich. Obwohl dabei die private Geberlust nicht gehehmt ist, stammen nur rund drei Prozent des Etats der Studienstiftung von privaten Spendern oder von Unternehmen. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft - offen für ein Wissenschafts- und Forschungsengagement der Unternehmen - führt gegenüber der öffentlich finanzierten Deutschen Forschungsgemeinschaft eher eine Randexistenz. Dabei sind die Wissenschaftler insgesamt mit den zur Verfügung stehenden Forschungsgeldern zufrieden, die sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen können.



Bei dem also insgesamt bescheidenen Engagement der deutschen Wirtschaft in der öffentlich geförderten Forschung oder der Unterstützung hochbegabter Schüler und Studenten können die Forderungen Genschers nur dann verwirklicht werden, wenn es zu radikalen Umverteilungen zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Bewilligung von Etatmitteln kommt, und wenn die Möglichkeit, weiterführende Bildungsgänge und Hochschulen zu besuchen, für den Großteil der Bevölkerung wieder beschnitten wird. Mit den BAföG-Kürzungen hat die Rechtskoalition damit schon einen folgenreichen Anfang gemacht.

Natürlich ist es erlaubt, sich den Kopf über eine bessere Wissenschafts- und Forschungsorganisation und über eine bessere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Bundesrepublik zu zerbrechen und konkrete Vorschläge zu machen. Die Ideen Genschers aber sind die einer zweitrangigen Elite, die ihre verqueren Ansichten nicht zuletzt aus der Tatsache ableitet, daß ihr Eliteanspruch zu Recht in Frage gestellt wird.

Nachdem Flick Teile der FDP gekauft hat, um so Unternehmenspolitik zu machen, und der Jägermeisterfabrikant einen Fußballverein aufkaufte, um den Likörverkauf zu fördern, darf man fragen, was der FDP-Vorsitzende Genscher durch privatisierte Elite-Schulen und Elite-Universitäten verkaufen will.

(-/19.12.1983/ks/va)

+ + +

